

## **Ein Hilfsprogramm für alle**

**Reiner Eichenberger  
Universität Fribourg**

Der Schachzug des Bundesrates war genial. Um Forderungen von Exportbranchen nach Hilfsprogrammen gegen die Frankenstärke zuvor zu kommen, schlug er selbst ein Hilfsprogramm vor. Weil die so ausgelöste Diskussion zeigt, dass solche Hilfsprogramme wenig bringen und viel schaden, kann er nun mit seinem Vorschlag gleich auch die Forderungen der Exportindustrie unter öffentlichem Beifall beerdigen. Angriff ist eben noch immer die beste Verteidigung.

Hilfsprogramme für die Exportwirtschaft und den Tourismus sind aus vielerlei Gründen unsinnig:

Erstens leidet nicht nur die Exportindustrie unter der Frankenstärke und den Krisen in der EU und den USA. Viele importkonkurrierende Firmen und die inländische Zulieferindustrie leiden genau so, erst recht wenn die Importpreise nun sinken, und die Verluste von Anlegern, Sparern und Pensionskassen stellen diejenigen der Exportindustrie in den Schatten.

Zweitens ist alle Hilfe für einige wenige eine Belastung für alle anderen, die dafür direkt oder indirekt aufkommen müssen.

Drittens fließt die Hilfe allzu oft an die Falschen. Denn sobald Geld fließt, behaupten auch viele nicht wirklich Leidende, sie litten besonders stark. Das Aufbausuchen der Leiden durch Firmen und Branchen sowie die Leidensdiagnose durch die Bundesbürokratie sind volkswirtschaftlich sehr kostspielig.

Viertens droht insbesondere gezielte Hilfe gegen das WTO-Verbot von Exportsubventionen zu verstossen.

Fünftens sind selbst die wenig umstrittenen zusätzlichen Werbemaßnahmen für den Tourismus unsinnig. Man sollte nicht gerade dann für ein Produkt werben, wenn es besonders unattraktiv ist.

Sechstens wirkt die Hilfe frühestens in ein paar Monaten und sowieso zur falschen Zeit. Wenn der Schweizer Franken wieder sinkt, was zu erwarten ist, ist die Hilfe unnötig. Wenn der Franken aber auf dem hohen Niveau bleibt, zementiert die Hilfe dann ineffiziente Strukturen, die den neuen Wechselkursrelationen nicht angepasst sind.

Was aber wäre besser als der Bundesratsvorschlag? Alle sollten entlastet und Behinderungen abgebaut werden. Dafür müssen die zukünftigen Steuersätze gesenkt werden. Zugleich können Bund, Kantone und Gemeinden Nothilfe an bedrohte Firmen leisten, indem sie ihnen gut verzinsten Überbrückungskredite oder Eigenkapital geben. Denn das Retten von rettenswerten Firmen bringt genau so wie die Bankenrettung fette Gewinne. Die sollten nicht nur an die bisherigen Eigentümer, sondern auch an die Steuerzahler gehen.